



## Presseinformation

Nr. 148/2002

Kiel, Freitag, 3. Mai 2002

Gesundheitspolitik/Arzneimittel/Internet-Handel/USTG

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Dr. Christel Happach-Kasan, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Christel Aschmoneit-Lücke, MdL**

**Joachim Behm, MdL**

**Dr. Heiner Garg, MdL**

**Günther Hildebrand, MdL**

## Heiner Garg: Mehrwertsteuer auf Arzneimittel abschaffen

### - FDP-Landtagsfraktion bringt Antrag für die nächste Landtagssitzung ein -

Zur Diskussion um den Handel mit Medikamenten im Internet sagte der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Die insbesondere von den gesetzlichen Krankenkassen propagierten Kostenvorteile des Internet-Handels von Medikamenten beruhen vor allem auf vollkommen unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen für Arzneimittel innerhalb Europas. Ich habe erhebliche Zweifel, ob es klug ist, politisch auch nur den Eindruck erwecken zu wollen, als könne man diese zusätzliche Vertriebsform von Arzneimittelspezialitäten für alle Zeit kategorisch verhindern“, stellte Garg fest.

„Die FDP setzt sich mit allem Nachdruck für den Erhalt und die Stärkung des bewährten Systems der wohnortnahen, qualitativ hochwertigen Versorgung durch die Apotheken ein. Arzneimittelsicherheit und Verbraucherschutz sind hier in den besten Händen. Dies erreicht man aber nur, indem man die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Apotheken stärkt – und nicht durch ein plattes ‚Nein‘ zum Internet-Handel“, meinte der liberale Gesundheitspolitiker.

„Der ordnungspolitisch richtige Schritt hierzu ist die Änderung des Umsatzsteuergesetzes (USTG): Apothekenpflichtige Arzneimittelspezialitäten müssen von der Umsatzsteuer befreit werden.

In der nächsten Landtagssitzung haben wir Gelegenheit, dieses Thema auf der Basis des vorliegenden FDP-Antrages zu diskutieren.“

### Anlage: Antrag der FDP-Landtagsfraktion zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes



## **Antrag**

der Fraktion der FDP

### **Änderung des Umsatzsteuergesetzes (UStG)**

#### **- Keine Umsatzsteuer auf Arzneimittelspezialitäten -**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, über eine Bundesratsinitiative eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1999 (UStG 1999) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.06.1999 (BGBl. I S. 1270), zuletzt geändert durch das Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz (StVBG) vom 19.12.2001 (BGBl. I S. 3922), mit dem Ziel herbeizuführen, apothekenpflichtige Arzneimittelspezialitäten künftig von der Umsatzsteuer zu befreien.

Dr. Heiner Garg  
und Fraktion